
China im Sog der Asienkrise

Philipp Rieger

Die Asienkrise

Als Thailand im Juli 1997 seine Währung, den Baht, abwertete, dachte kaum jemand daran, daß dies eine weltweite, bis heute nicht eingedammte Finanzkrise auslösen und sogar den nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion triumphalen neoliberalen Kapitalismus in Frage stellen könnte.

Anfänglich wurde das Ausmaß der Krise bagatellisiert, ihre Virulenz verkannt, und man glaubte die davon ausstrahlenden monetären Turbulenzen auf einige Länder Asiens mittels Wahrungsfondshilfen beschränken zu können. Noch im März wagte beispielsweise die Welthandelsorganisation (WTO) die bizarre Prognose, die Asienkrise würde bloß ‚eine kleine Delle‘ in der Weltwirtschaft verursachen. Man hatte offensichtlich noch keine realistische Vorstellung von dem völlig freien, globalisierten Finanzmärkten innewohnenden Gefahrenpotential. Die von Thailand ausgehenden Kettenreaktionen konkurrierender Abwertungen im Durchschnitt von ca. 40% lösten nicht nur in den direkt betroffenen Ländern Südostasiens eine tiefe Rezession aus. Daraus resultierende panikartige Fluchtbewegungen internationaler Investoren wirkten sich in weiterer Folge verheerend auf die ‚*emerging markets*‘, d.h. die aufstrebenden Entwicklungs- und Schwellenländer aus.

In der gegenwärtigen Situation der Weltwirtschaft ist besonders beunruhigend die Gleichzeitigkeit des Ausbruchs von Krisen unterschiedlicher Ur-

sachen in verschiedenen Regionen, wie in Südostasien, Japan, Rußland, Lateinamerika. Ein relativ neues Phänomen der globalisierten Finanzmärkte sind die enormen Kapitalströme der vergangenen Jahrzehnte. Soweit dadurch langfristiges Kapital direkt in Produktionsanlagen von Entwicklungsländern investiert wurde, leistete es einen erheblichen Beitrag zu deren Modernisierung. Ein Großteil der Kapitalbewegungen besteht jedoch aus kurzfristigen, profitable Anlagen suchendem Kapital. Dieses ist vor allem für die Turbulenzen auf den Devisen- und Aktienmärkten verantwortlich. Es waren meist amerikanische, japanische, aber auch westeuropäische Finanzinstitutionen, die riesige Mengen kurzfristigen Kapitals in asiatische Banken und Aktienmärkte pumpften. Dieses Kapital ist äußerst volatil. Es strömt ungehindert in die unregulierten Kapitalmärkte noch weitgehend unterentwickelter Länder und verlast diese fluchtartig, wenn die Investoren aus irgendeinem Anlaß von Panik ergriffen werden.

Die Auswirkungen auf die reale Wirtschaft sind dann oft katastrophal. 1996 strömten mehr als USD 100 Mrd. nach Asien (ohne Japan und China). Im Jahr darauf flossen sie wieder ab (1). Für die betroffenen Länder schaffen solche spekulativen Kapitalbewegungen eine unerträgliche Situation. Japan, der Welt zweitgrößte Wirtschaftsmacht, spielt eine wesentliche Rolle in der asiatischen Krise. Gelähmt durch ein de facto bankrottetes Bankensystem, schien es bisher weder willens noch imstande, trotz dringender Appelle seiner Partner im Klub der führenden Industrieländer (G-7) sich aus einer bereits sieben Jahre währenden Stagnation zu lösen. Ein Mitte Oktober vom Parlament beschlossenes Bankengesetz gibt Anlaß zur Hoffnung, daß Japan seine Schwierigkeiten überwinden und wieder zu einem Wachstumsmotor in der Region werden könnte. Das Gesetz

sieht massive Injektionen öffentlicher Gelder im Umfang von 431 Mrd. Dollar für die Bankensanierung vor. Das entspricht etwa 10 % der Wirtschaftsleistung. Die Regierung wurde auch ermächtigt, Banken mit den größten Problemen zu übernehmen. Als erste nahm Japans zehntgrößte Bank, die Long-term Credit Bank of Japan, das Angebot der Verstaatlichung an.

Für die Länder Südasiens ist Japan, das über rund ein Drittel aller Ersparnisse der Welt verfügt, eine ganz wesentliche Kapitalquelle und ein wichtiger Markt für ihre Exporte. Als Anfang 1997 durch Gerüchte verunsicherte japanische Investoren beschlossen, ihre Kreditlinien nicht zu verlängern, verursachte die daraus resultierende Kreditverknappung zahllose Banken- und Unternehmenspleiten, Massenarbeitslosigkeit in Ländern ohne soziale Sicherheitsnetze, ethnische Konflikte und politische Erdbeben. Internationale Spekulanten ergriffen die Chance, geschwächte Währungen zu Fall zu bringen.

Der zur Eindämmung der Asienkrise zu Hilfe gerufene Internationale Währungsfonds (IWF) konnte bisher ihre weitere Ausbreitung nicht stoppen. Trotz eines Aufwands von über USD 120 Mrd., ein Großteil der derzeit verfügbaren Finanzmittel des IWF, erweist sich das System des globalisierten Kapitalismus nicht immun gegen weitere Ansteckungen. Ein Ende Juli geschnürtes Notstandsprogramm des IWF für Rußland konnte den völligen Kollaps des Rubels und der russischen Wirtschaft nicht verhindern. Brasilien, Venezuela, Hong Kong, Japan sind spekulativen Attacken ausgesetzt. Selbst die vor kurzem noch als unverwundbar geltenden Bastionen, die USA und die Länder Westeuropas, können sich den depressiven Einflüssen der Krisenregion kaum entziehen. Dies drückt sich bereits deutlich in den zurückgenommenen Wachstumsprognosen für 1999

aus. So reduzierte die EU-Kommission ihre Prognose für 1999 von 3% im Frühjahr auf 2,4% im Oktober. Auch in den USA macht sich eine deutliche Wachstumsverlangsamung aufgrund starker Einbrüche im Export, vor allem nach Asien, bemerkbar.

Zusehends breitet sich die Furcht aus, daß die Dynamik der sich ausbreitenden Krisenherde die Welt in eine Depression vom Ausmaß der dreißiger Jahre stürzen könnte. Man hat den Eindruck, daß die Ökonomen, welche die Regierungen und internationalen Wirtschaftsinstitutionen beraten, diesen Entwicklungen ziemlich ratlos gegenüberstehen. Nach Ansicht des renommierten amerikanischen Wirtschaftsforschers Paul Krugman gäbe es ein ‚intellektuelles Vakuum‘ hinsichtlich der Auswirkungen der riesigen Geldströme auf die Weltwirtschaft.

Die Therapien, die zur Krisenbekämpfung eingesetzt wurden, erwiesen sich bisher als wenig erfolgreich. Der Internationale Währungsfonds, dessen Politik unter dem starken Einfluß des amerikanischen Schatzamtes steht und der eine Schlüsselrolle bei der Krisenbekämpfung spielt, sieht sich herber Kritik ausgesetzt. Sie kommt begrifflicherweise aus den betroffenen Ländern Südasiens, aber umfaßt auch in den USA ein weites Spektrum, vom angesehenen Harvardökonom Jeffrey Sachs bis Henry Kissinger.

Dem IWF wird vorgeworfen, er hätte, fasziniert von den Wachstumsraten der ‚Tigerstaaten‘, völlig ihre gefährlichen Strukturschwächen verkannt. Diese resultieren aus dem Bündnis der dort herrschenden autoritären Regierungen mit einem korrupten ‚Crony-Kapitalismus‘, am besten mit ‚Freunderl‘- oder ‚Amigo‘-Kapitalismus übersetzt. Die Länderanalysen der IWF-Experten waren bis zuletzt meist positiv, und als der Zusammenbruch kam, wurde eine falsche Standardtherapie verschrieben. Diese ruhte auf den Erfahrungen mit

hochverschuldeten und mit Budgetdefiziten kämpfenden Ländern. Ein fast standardisiertes (2), 'Strukturanpassungsprogramm' verpflichtete die hilfesuchenden Regierungen, ihre Währungen abzuwerten, Sozial- und Bildungsausgaben zu kürzen, die Zinsen zu erhöhen und den Erwerb heimischer Unternehmen durch Ausländer zu gestatten. Kritiker behaupten, daß 1997 die Voraussetzungen für diese *Austerity-Therapie* in Südostasien fehlten. Die staatlichen Budgets wiesen Überschüsse auf, außer in Thailand bewegten sich die Leistungsbilanzdefizite unter 5% des BIP, die Sparraten waren hoch.

Das Problem bestand in einer zu hohen kurzfristigen, aber privaten und nicht in einer staatlichen Verschuldung und in einer Vertrauenskrise, die Panikreaktionen, Kapitalflucht und Deflation bewirkte. Statt einer Austeritätspolitik wäre eine Antirezessionspolitik angemessen gewesen, welche den Wirtschaftsabschwung bremst und das Vertrauen in die an sich gesunden Wirtschaftsgrundlagen wieder herstellt. Dem IWF wird auch unterstellt, mit seinen Auflagen nicht zuletzt die Interessen der unvorsichtigen westlichen Investoren zu vertreten und mittels seiner Reformrezepte das amerikanische Wirtschaftsmodell durchsetzen zu wollen. Die Währungsfondspolitik wird daher von vielen hilfesuchenden Ländern als ein Instrument ihrer wirtschaftlichen Durchdringung durch ausländisches Kapital gesehen. Die als Bedingung für Währungsfondskredite geforderten Strukturreformen bestehen konsequent auf Marktöffnung auch in eventuell noch geschützten Sektoren, wie z.B. im Banken- und Versicherungsbereich.

Es ist interessant festzustellen, daß die einzigen Länder, die bisher der Ansteckung durch die Asienkrise entgangen sind, Länder mit funktionierenden Kapitalimportkontrollen sind, wie Indien, Taiwan, Hong Kong und vor allem China. Im Vokabular der dogmatischen

Globalisierungsideologen gilt 'Devisenbewirtschaftung' als ein schmutziges Wort. Die Notmaßnahme des malaysischen Premierministers, den Kapitalimport zu beschränken, wurde von der internationalen Finanzpresse dementsprechend höchst negativ beurteilt.

In der derzeit prekären Situation der Weltwirtschaft muß vor allem eine weitere Drehung der fatalen Deflationsspirale vermieden werden. Ob dies gelingt, hängt nicht zuletzt von der Standfestigkeit zweier gewaltiger, krisenunbrandeter Dominosteine – Brasilien und China – ab. Für Brasilien wird gegenwärtig vom Währungsfonds und den G-7 Staaten ein umfangreiches Sanierungsprogramm im Ausmaß von 15-30 Mrd. USD verhandelt. Nach Ansicht der 'Financial Times' gab es in diesem Jahrhundert keinen Zeitpunkt, in dem die Leistung der chinesischen Wirtschaft und Pekings Fähigkeit, Wachstum, soziale und wirtschaftliche Stabilität zu erhalten, von größerer Bedeutung für die ganze Welt ist (3). China weist in vieler Hinsicht ähnliche Strukturschwächen wie seine asiatischen Nachbarn auf. Eine chinesische Version des auf 'Beziehungen' ruhenden 'Crony'-Kapitalismus, ein marodes und ineffizientes Bankensystem, eine nicht ausrottbare Korruption. In einem Punkt unterscheidet es sich jedoch wesentlich. Es widerstand bisher den Verlockungen der doktrinären Globalisierer, auch den Kapitalverkehr völlig zu deregulieren und den Renminbi konvertibel zu machen. Diesem Umstand verdankt es weitgehend seine relative Immunität gegen die Ansteckung durch den asiatischen Krisenbazillus.

Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, die Spitzenvertreter der amerikanischen Regierung und des Währungsfonds nach Peking pilgern zu sehen, Chinas marxistische Epigonen beschwörend, nur ja dem Abwertungsdruck ihrer Nachbarn zu widerstehen und weiterhin ihre international verantwortungsvolle Politik fortzusetzen.

China

Seit Chinas Öffnung zum Westen und dem Start der marktwirtschaftlich orientierten Reformen erbrachte das über 1,2 Mrd. Menschen zählende Riesenreich eine erstaunliche Wirtschaftsleistung. Mit einem durchschnittlichen realen Wachstum von 9% jährlich, einer nahezu Verfünffachung seines Sozialproduktes ist China wahrscheinlich das am schnellsten wachsende Entwicklungsland. Dank einer pragmatischen Politik konnten einige für die Stabilität des Landes bedrohliche Probleme wenn schon nicht beseitigt, so doch entschärft werden. Mittels einer drastischen Politik der Geburtenkontrolle gelang es, das Wachstum der Bevölkerung einzudämmen. Der Lebensstandard, gemessen am Sozialprodukt pro Kopf, Nahrungsmittelverbrauch, Lebenserwartung, Schulbildung, Kindersterblichkeit etc., erhöhte sich beträchtlich. Die nach offiziellen Angaben in Armut lebende Bevölkerung verringerte sich von 270 Mio. 1978 auf derzeit etwa 60 Mio. (4). Das rasante Wirtschaftswachstum war von bedrohlichen Inflationsschüben begleitet. Es gelang jedoch ein Abgleiten in eine Hyperinflation zu vermeiden und eine ‚weiche Landung‘ der überhitzten Wirtschaft zu bewerkstelligen. Mit Hilfe ausländischer Investoren, überwiegend chinesischer Herkunft aus Südostasien, Taiwan, Hongkong, gelang es China, eine dynamische Exportwirtschaft aufzubauen, und es rangiert bereits an elfter Stelle der Welthandelsnationen.

Bereits in seiner ersten Pressekonferenz (5) skizzierte Chinas langjähriger Wirtschafts- und Ministerpräsidenten gekürter Zhu Rongji die vorrangigen wirtschaftspolitischen Zielsetzungen. Vor allem müsse eine reale Wachstumsrate von 8% und eine Inflationsrate von weniger als 3% erreicht werden. Auch dürfe die Währung nicht abgewertet werden. Im Hinblick auf

eine gewisse Konjunkturschwäche, der Akkumulation hoher und teilweise unverkäuflicher Lagerbestände, der Erwartung von Exporteinbußen infolge des Verlustes asiatischer Märkte und währungsbedingt verminderter Konkurrenzfähigkeit sowie einem schwindenden Interesse an Direktinvestitionen (6) von seiten verunsicherter ausländischer Investoren, sei es vor allem wichtig, die erwarteten Ausfälle durch eine entsprechende Steigerung der Binnen nachfrage zu kompensieren. Dies soll mittels einer keynesianisch anmutenden Strategie ‚New Deal‘ in Anlehnung an Roosevelts Experiment benannt, einer massiven Ausweitung von Infrastrukturinvestitionen und einer radikalen Reform des Wohnungswesens erreicht werden. Anstelle des bisherigen dirigistischen Systems der Zuteilung von Wohnraum durch den Staat soll der private Kauf von Wohnungen treten. Man hofft auf diese Weise einen Teil der riesigen Ersparnisse mobilisieren zu können. China hat die höchste Spar rate der Welt. Infolge unterentwickelter Aktien- und Bondmärkte fließen die Ersparnisse in die Banken, deren Spareinlagen rund 5.000 Mrd. Yuan (USD 602 Mrd.) betragen. Es erweist sich schwierig, diese Mittel für höheren Konsum und für die Finanzierung von Investitionen zu mobilisieren. So brachten zwei Zinssenkungen zur Stimulierung des Verbrauches keine Konsumausweitung. Die Banken verwenden die Spareinlagen weitgehend zur Verlustabdeckung der maroden Staatsbetriebe.

Weiters versprach Zhu die Inangriffnahme – trotz Asienkrise – der bisher hinausgezögerten Reform der Staatsbetriebe von denen ein Großteil bis zum Jahr 2000 verkauft werden soll. Auch würden deren Verluste in ausländischen Medien oft übertrieben dargestellt. Von den 79.000 staatlichen Industrieunternehmen sind nur die 500 größten von entscheidender Bedeutung. Ihre Gewinne und Steuern sind für

85% aller staatlichen Einnahmen verantwortlich. Und nur 50 oder 10% von diesen erleiden Verluste. Ebenso soll die umfassende Reform des Finanzsystems fortgesetzt werden. Mittels einer Stärkung der Zentralbank und verstärkter Bankenaufsicht soll das leidige Problem politischer Kreditgewährung und uneinbringlicher Bankkredite eliminiert werden. Nach Ansicht des Zentralbankgouverners Dai Xianglong sei zwar die Rückzahlung von 20-25% aller Kredite überfällig, aber nur 5-6% werden als uneinbringlich eingestuft (7). Die Regierung beabsichtige die vier großen staatlichen Geschäftsbanken (verantwortlich für 80% aller Bankgeschäfte) mittels einer Sonderstaatsanleihe von 270 Mrd. Yuan (=USD 32,5 Mrd) zu rekapitalisieren, um sie in die Lage zu versetzen, bei Kreditvergaben die Kriterien der BIZ (Bank für Internationalen Zahlungsverkehr) zu erfüllen (8). Angesichts erheblicher Exportausfälle und einer stagnierenden Binnenkonjunktur braucht China eine Expansion der Anlageinvestitionen von 15-18%, um das Wachstumsziel von 8 % zu erreichen. Ohne eine so hohe Wachstumsrate sei die hohe und bedrohlich steigende Arbeitslosigkeit kaum einzudämmen und der soziale Friede kaum zu erhalten. Dies ist Chinas wahrscheinlich gravierendstes Problem, wirtschaftlich und politisch. Offiziell weist die Statistik nur eine registrierte Arbeitslosigkeit in den Städten von 4% aus. Dies ist völlig irreführend. Sie enthält z.B. nicht die bereits im Zuge der Reform der Staatsbetriebe 'freigesetzten Arbeitskräfte' in Millionenhöhe. Das Internationale Arbeitsamt schätzt die städtische Arbeitslosenrate auf 10%. Am Land herrscht eine endemische Unterbeschäftigung von schätzungsweise 120-150 Millionen. Sie ist verantwortlich für die riesigen Migrationswellen in die Städte und prosperierenden Küstenregionen von jährlich ca. 80 Millionen Landbewohnern auf der Suche nach Arbeit. Abge-

sehen davon kommen jährlich 14 Millionen Jugendliche auf den Arbeitsmarkt.

In der ersten Jahreshälfte wurde ein umfangreiches Infrastrukturprogramm in Angriff genommen. Im staatlichen Sektor erhöhten sich die Anlageinvestitionen bereits um 17,7% in den ersten 8 Monaten. Probleme bereitet allerdings eine Wachstumsschwäche im 'nicht-staatlichen' Sektor, der normalerweise für 40% der gesamten Investitionen verantwortlich ist. Die Regierung entschloß sich daher im September, zusätzlich Schatzscheine im Ausmaß von 100 Mrd. Yuan (12 Mrd. USD) zur Forcierung der Anlageinvestitionen zu emittieren und erwartet davon, noch heuer das GDP um einen Prozentpunkt erhöhen zu können (9).

In der gegenwärtigen schwierigen Situation wurde China überdies von einer verheerenden Überschwemmungskatastrophe heimgesucht, der ärgsten in den letzten fünfzig Jahren. Dabei wurden 3.000 Menschen getötet und 21 Mio. Hektar Land überflutet, davon glücklicherweise nur 5% der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche. Die Ausfälle bei der Sommerernte beliefen sich auf 10% der jährlichen Getreideproduktion. Dank guter Ernten in den letzten Jahren und hoher Vorräte wird nicht mit Versorgungsengpässen oder einem Preisanstieg gerechnet. Die verursachten Schäden werden auf rund 166 Mrd. Yuan (USD 20 Mrd.) geschätzt (10).

Obwohl Zhu Rongji bereits beim Amtsantritt versichert hatte, den Yuan keinesfalls abzuwerten, sah sich die chinesische Regierung dauernd mit diesbezüglichen Gerüchten (11) und Spekulationswellen konfrontiert. Spekulative Verkäufe zwangen die People's Bank of China zu wiederholten Interventionen. Die Spekulation richtete sich in erster Linie gegen den Hongkong Dollar aber indirekt sollte auch der Yuan getroffen werden. Seit der Rück-

gabe der britischen Kronkolonie an China entwickelte sich das von vielen Beobachtern erst skeptisch beurteilte Experiment von ‚ein Land, zwei Systeme‘ relativ günstig. Hongkongs Wirtschaft wurde jedoch durch die Asienkrise in eine Rezession gestürzt und durchlebt gegenwärtig die schwerste Krise seit dem Weltkrieg. Das heurige Sozialprodukt dürfte um 5% geringer ausfallen, die Arbeitslosenrate ist die höchste in fünfzehn Jahren. Immobilienpreise sind um 40% und Aktienkurse um mehr als 50% gefallen. Hongkong sah sich ständig spekulativen Angriffen ausgesetzt, sowohl gegen seine Währung, den HK Dollar, der in einem Currency-Board-System mit geringen Schwankungen an den USD gebunden ist, als auch auf seine Börse. Die Attacken erreichten im August/September einen Höhepunkt.

Der Wechselkurs des Hongkong Dollars konnte durch den Einsatz der hohen Devisenreserven verteidigt werden. Im Rahmen der Bekämpfung der Börsenspekulation nahm die Regierung Zuflucht zu einer höchst unorthodoxen Maßnahme um die Spekulanten zu bestrafen. Mit dem Ziel, die Aktienkurse zu stabilisieren, entschloß sie sich, direkt zu intervenieren, und kaufte mit dem Einsatz großer Mittel ‚blue chips‘-Aktien. Diese Unterstützungsaktion kostete in nur zwei Tagen das Äquivalent eines halben Jahresbudgets. Seit Mitte August hat die Währungsbehörde in Hongkong zumindest 100 Mrd. HK\$ (USD 12,9 Mrd.) für die Abwehr der Spekulation eingesetzt (12). Diese Schwierigkeiten schaffen eine chauvinistische, fremdenfeindliche Stimmung, in der ‚ausländische Teufel‘ für die Spekulation verantwortlich gemacht werden.

Die Zuversicht der chinesischen Regierung, eine Abwertung vermeiden zu können, ruht auf folgenden Überlegungen:

1.) Da die Währung nicht konvertibel ist, genießt China eine gewisse Im-

munität gegen Ansteckung durch die Asienkrise.

- 2.) Hohe Devisenreserven von derzeit USD 141 Mrd. geben die Sicherheit, spekulative Angriffe erfolgreich abzuwehren zu können.
- 3.) Eine Abwertung würde das Vertrauen ausländischer Investoren erschüttern, würde eine neue Abwertungswelle auslösen und die Bindung des Hongkong Dollar an den US-Dollar torpedieren.
- 4.) Die ausländischen Investitionen sind überwiegend langfristige Investitionen in Fabriken und Immobilien, und nicht kurzfristige, spekulative.
- 5.) Die Auslandsverschuldung ist ebenfalls überwiegend langfristig und in Relation zum GDP relativ moderat, beträgt etwa 16%.
- 6.) Der Anteil importierter Rohstoffe an den Produktionskosten der Exporteure beträgt 75-80%. Eine Abwertung würde diese Importe wesentlich verteuern.
- 7.) Schließlich würde China das Prestige, das es sich durch seine international verantwortungsvolle Politik erworben hat, einbüßen.

Natürlich gibt es auch in China Zweifel, ob der Hartwährungskurs der Regierung durchgehalten werden kann: von seiten der Lobby jener Industrien, die besonders dem Konkurrenzdruck der Exporteure in den asiatischen Abwertungsländern ausgesetzt sind. Das Mißtrauen vieler Bürger ist an den Schwarzmarktkursen erkennbar, die sich zwischen 9 und 10 Yuan zum USD bewegen, verglichen mit dem offiziellen Kurs von 8,3. Um den offensichtlich umfangreichen illegalen Ankauf von Devisen durch Handelsfirmen zu unterbinden, sahen sich die Währungsbehörden zu zusätzlichen Restriktionen im Zahlungsverkehr und zur Schließung von Schlupflöchern gezwungen.

Die Kapitalflucht, die vom Londoner ‚Economist‘ 1997 auf rund USD 20 Mrd.

geschätzt wurde (13), hat sich heuer offensichtlich verstärkt fortgesetzt. Ein Indiz dafür sind die offiziell ausgewiesenen Währungsreserven, die sich nur geringfügig erhöht haben. Jedoch scheint ein Handelsbilanzüberschuß von USD 31 Mrd. und ein Zufluß an Auslandsinvestitionen von USD 27 Mrd. während der ersten acht Monate in der Währungsreservestatistik nicht auf.

Die vor kurzem veröffentlichten Wirtschaftsdaten für die ersten neun Monate verzeichnen ein Wachstum von 7,2%. Wenn auch Chinas Statistiken von westlichen Experten mit einiger Skepsis betrachtet werden und wahrscheinlich etwas geschönt sind, so vermitteln sie doch das Bild eines konjunkturellen Aufschwungs. Im dritten Quartal erfolgte ein beachtlicher Wachstumssprung, ausgelöst vor allem durch das im Frühjahr angelaufene Investitionsprogramm, dessen Auswirkungen jetzt sichtbar werden. Die Anlageinvestitionen erhöht sich im Vorjahresvergleich von Monat zu Monat (Juli +22,9%, August +26,9%, September +33,8%), und dieser Trend wird nach Ansicht von Yen Zhen (14), dem Chefökonom des Statistikbüros, anhalten.

Die Exporte nahmen gegenüber dem Vorjahr um 3,9% zu. Der Zusammenbruch von Chinas traditionellen Märkten in Asien konnte teilweise durch die Erschließung neuer Märkte in Nord- und Lateinamerika sowie Europa kompensiert werden. Immerhin gelang es

auf diese Weise, einen Handelsbilanzüberschuß von USD 35,3 Mrd. zu erwirtschaften. Einigermassen überraschend ist, daß sich die Auslandsinvestitionen auf dem Vorjahresniveau halten konnten.

Alles in allem – eine beachtliche Leistung unter äußerst widrigen Umständen.

Anmerkungen

- (1) Tung Chee-hwa, Gouverneur von Hongkong, in: International Herald Tribune (19.6.1998).
- (2) Nach H. Kissinger: ‚wie ein Doktor der nur eine Tablette für jede erdenkliche Krankheit hat‘; in: International Herald Tribune (5.10.1998).
- (3) Financial Times (18.3.1998).
- (4) Rieger, Philipp, Poverty in China, in: Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergeiche, Monthly Report 10 (1997).
- (5) China Daily (20.3.1998).
- (6) China Daily – Business Weekly (1.-7.3.1998).
- (7) China Daily (17.1.1998).
- (8) Vergleichsweise betrug 1997 die regulären Anleihen 248 Mrd. Yuan.
- (9) China Daily (24.9.1998).
- (10) China Daily, Business (16.-22.8.1998), International Herald Tribune (27.8.1998).
- (11) Z.B. Leitartikel im London ‚Economist‘ (4.10.1998): ‚Will China be next?‘
- (12) International Herald Tribune (12./13.9.1998).
- (13) Economist (26.1.1998).
- (14) China Daily (17.10.1998), Neue Züricher Zeitung (20.10.1998).

NEUERSCHEINUNGEN

Konstitutionelle Politische Ökonomie

Sind unsere gesellschaftlichen Regelsysteme in Form und guter Verfassung?

Herausgegeben von Gerd Grözinger und Stephan Panther

346 Seiten, 423 ÖS/58 DM/52,50 SFr, ISBN 3-89518-196-X

Wie effektiv und legitim sind unsere politischen Spielregeln? Dieses Buch bietet neue Antworten, indem es aktuelle Fragen wie direkte vs. parlamentarische Demokratie, die Veto-Regelung der EU oder die Rolle autonomer Institutionen aus konstitutionenökonomischer Sicht neu analysiert und bewertet.

Globalisierung und institutioneller Wandel

Herausgegeben von Hans-Georg Brose und Helmut Voelzkow

ca. 300 Seiten, 350 ÖS/48 DM/43 SFr, ISBN 3-89518-226-5

Führt uns die Globalisierung in eine reine Marktgesellschaft, in der es weder politische noch institutionelle Unterschiede gibt? Die Autoren des vorliegenden Bandes stellen sich gegen diese Konvergenzthese. Sie zeigen anhand von empirischen Untersuchungen, wie sich die Globalisierung tatsächlich auswirkt. Neben dem Modell Deutschland werden dabei auch die europäischen Wohlfahrtspolitiken sowie die Unterschiede des "asiatischen Kapitalismus" untersucht.

Perspektiven der Mitbestimmung

Historische Erfahrungen und moderne Entwicklungen vor europäischem und globalem Hintergrund

Herausgegeben von Hans G. Nutzinger

ca. 350 Seiten, 423 ÖS/58 DM/52,50 SFr, ISBN 3-89518-199-4

Die Autoren diskutieren die Frage, ob und wie das deutsche Modell der "Sozialen Marktwirtschaft" mit Betriebsverfassung und Mitbestimmung als zentralen Elementen in dem sich dramatisch ändernden Umfeld der europäischen Einigung und der Globalisierung zukunftsfähig gestaltet werden kann. Schwerpunkt ist die Analyse der europäischen Dimensionen der Mitbestimmung, wie beispielsweise eine Europäisierung der Tarifpolitik, sowie die Auswirkungen der Globalisierung auf die deutsche und die angestrebte europäische Mitbestimmung.